

Stellungnahme des Landesjugendrings NRW zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren“ (Drs. 17/3027)

Der Landesjugendring NRW bedankt sich für die Einladung zur Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 17. Januar 2019 sowie für die Möglichkeit, schriftlich Stellung zu beziehen. Wir begrüßen die im Antrag zum Ausdruck gebrachte Perspektive, Geschlechtervielfalt anzuerkennen und Inter_¹ jenseits einer Abweichung von der Norm zu betrachten. Darüber hinaus fehlen uns noch wichtige Aspekte zu den Lebenswelten von inter_-Kindern und Jugendlichen.

Für den Landesjugendring NRW und seine Mitgliedsverbände steht die Notwendigkeit geschlechtergerechter und -sensibler Maßnahmen für junge Menschen außer Frage. Hierzu gehört für den Landesjugendring NRW auch die Anerkennung von Variationen der körperlichen Geschlechtsmerkmale.²

Bei Inter_ handelt es sich um Menschen, deren geschlechtliches Erscheinungsbild von Geburt an hinsichtlich der Chromosomen, der Keimdrüsen, der Hormonproduktion und/oder der Körperform nicht nur männlich oder nur weiblich ausgeprägt ist – so ähnlich heißt es auch im vorliegenden Antrag. Kindheit und Jugend sind von daher für Inter_ entscheidende Lebensphasen. Junge Menschen durchleben ihre Identitätsfindung entlang gesellschaftlicher Kategorisierungen, Strukturen und Anerkennungsverhältnisse. Für die (erste) Frage, wer wir sind, spielt das Geschlecht eine wesentliche Rolle – und schon vor der Geburt wird gefragt, ob der Fötus ein Junge oder ein Mädchen wird. Jugendliche und junge Erwachsene wachsen in sozial tief verwurzelten Differenzzuschreibungen von Geschlecht auf und setzen sich mit gesellschaftlichen Vorgaben, Stereotypen sowie Normen auseinander.

Inter_ Menschen sind für uns in erster Linie eigene Varianten menschlichen Lebens. Sie werden von der Medizin jedoch zu Syndromen erklärt. Sprache ist ein Zeichensystem, das Wirklichkeit abbildet. Wie über Menschen gesprochen wird, wie wir sie bezeichnen, sagt viel darüber aus, welchen Wert und welchen Platz die Gesellschaft ihnen beimisst.

Sprache ist ein machtvolleres Instrument, um Wirklichkeit herzustellen. Wir können uns also dieses Mittels bedienen und junge inter_ Menschen als krank einstufen: Dann werden sie sich vermutlich auch so fühlen. Oder wir bestärken sie, schaffen grundlegende Strukturen, um jungen inter_ Menschen Teilhabe zu ermöglichen sowie Ausgrenzungen abzubauen.

¹ Als Landesjugendring NRW verwenden wir nicht den Begriff Intersexualität, da hier nicht die im deutschen Wortgebrauch anerkannte Bedeutung des Wortes Sexualität gemeint ist, sondern Inter_. Durch den Gap werden verschiedene Komposita ersetzt wie: sexuell, geschlechtlich oder ident. Hierdurch wird inter_-Menschen Raum zur Selbstbezeichnung gelassen. Weiterhin möchten wir betonen, dass es sich bei inter_-Personen um keine homogene Gruppe handelt, wie durch eine vereinfachte Darstellung des Sachverhaltes vermutet werden könnte.

² Vgl. Klöppel, Ulrike (2016): <https://www.gender.hu-berlin.de/forschung/publikationen/gender-bulletins>

STELLUNGNAHME des Landesjugendrings NRW

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren“ (Drs.17/3027)

Seit Oktober 2018 können Eltern per Gesetz ihr Neugeborenes als divers ins Geburtenregister eintragen lassen, wenn es weder als Mädchen noch als Junge identifiziert werden kann. Dieser Beschluss eines positiven Geschlechtseintrags ist ein wichtiger Schritt inter_ Kinder und Jugendliche nicht zu stigmatisieren und sie bei der Entwicklung einer positiven geschlechtlichen Identität zu unterstützen. So hält das Bundesverfassungsgericht fest, dass es zur eigenen Identitätsstiftung der inter_ Menschen, wichtig sei, sie nicht als geschlechtliches Nullum zu behandeln, sondern sie in ihrer Identität ernst zu nehmen und anzuerkennen. Die Nichtanerkennung des intersexuellen Geschlechts, so sagen die höchsten Richter_innen, stelle eine Diskriminierung dieser Menschen dar.³ Wer jedoch das Geschlecht im Geburtenregister zu divers anpassen möchte, muss seine Intersexualität durch ein ärztliches Gutachten belegen. Durch diese Regelung werden inter_ Jugendliche und junge Erwachsene weiterhin pathologisiert. Zudem wird durch diese Vorgabe jungen inter_ Menschen das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten.

Die Medizin spielt oft schon vor der Geburt eine Rolle im Leben eines inter_ Kindes, dabei ist die überwiegende Mehrheit der inter_ Menschen nicht per se krank oder behandlungsbedürftig.⁴

Operiert wird trotzdem: Die Studie von Ulrike Klöppel „Zur Aktualität kosmetischer Operationen ‚uneindeutiger‘ Genitalien im Kindesalter“ (2016) verdeutlicht, dass die Anzahl der kosmetischen Genitaloperationen im Kindesalter nicht zurück geht. Bei den oft im Kindesalter vorgenommenen chirurgischen Behandlungen stelle sich zudem das Problem einer angemessenen Mitwirkung der Minderjährigen bei der Entscheidung bzw. der Zulässigkeit stellvertretender Einwilligung durch Erziehungsberechtigte, so der Deutsche Ethikrat.⁵

Durch die Neuregelung eines positiven dritten Geschlechtseintrags wird das Problem einer Stigmatisierung leider nicht aus der Welt geschafft. So besteht weiterhin die Gefahr, dass inter_ Kinder operiert werden, um eine Ausgrenzung zu verhindern. Durch die gesellschaftliche Stellung und Wahrnehmung des Themas lastet ein enormer Druck auf den Eltern, welcher häufig zu zahlreichen Irritationen, Fragen, Schwierigkeiten und Ängsten führt. Die Aussicht auf eine schnelle und diskrete Heilung, welche durch geschlechtsangleichende Operationen suggeriert wird, ist für viele Eltern ein vermeintlich sicherer Ausweg. Über die (langfristigen) gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen wird selten aufgeklärt.

In der Alltagspraxis erfolgt die Benennung eines jungen Menschen als Inter_ in Form einer medizinischen Diagnose. Hier werden die Variationen der körperlichen Geschlechtsmerkmale verstanden als „Störungen der Geschlechtsentwicklung“, welche „komplexe Krankheitsbilder“ sind, die „die sexuelle Integrität sowohl körperlich als auch psychisch betreffen. [...] Aufgrund

³ Vgl. <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-095.html>, aufgerufen am 03.01.2019.

⁴ Vgl. <http://www.im-ev.de/intersexualitaet/>, aufgerufen am 03.01.2019.

⁵ Vgl. http://bibliothèque.centrelgbtparis.org/documents_electroniques/stellungnahme-intersexualitaet.pdf, aufgerufen am 03.01.2019.

STELLUNGNAHME des Landesjugendrings NRW

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren“ (Drs.17/3027)

der Andersartigkeit sind psychosexuelle Entwicklungsstörungen häufig.“⁶ In diesem Zitat werden gleich mehrere Dinge deutlich:

Die Varianz von körperlichen Geschlechtsmerkmalen jenseits eines binären Verständnisses von Geschlechtlichkeit wird als krankhaft und defizitär definiert. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass allein ein Anderssein als die Norm zu psychosexuellen Entwicklungsstörungen führe. Andersartigkeit führt jedoch nicht per se zu psychischen Störungen, sondern der Umgang damit, insbesondere die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz. Dies zeigt auch eine von Anike Krämer durchgeführte Befragung von Müttern, deren Kinder offen inter_ aufwachsen: Die unterstellte gesellschaftliche Diskriminierung finde nicht zwangsläufig statt. Kinder, die von sich selbst behaupten, „ich bin beides“ oder „mal bin ich Mädchen, mal Junge“, würden im Kindergarten und in der Grundschule keinen Ausschluss, sondern Akzeptanz erfahren. Entgegen den ärztlichen und elterlichen Vermutungen empfänden sie ihren Körper als Bereicherung und würden auch von Erziehenden, Lehrenden und anderen Kindern darin bestärkt.⁷

Kosmetische Eingriffe am Kind stellen massive Gewalteinwirkungen dar und verletzen grundlegende Menschenrechte. Die Behandlungsmethoden, denen junge inter_ Menschen in Deutschland ausgesetzt sind und die sie häufig ein Leben lang begleiten, führen zu schweren seelischen und physischen Leiden.⁸

Die meisten medizinischen Eingriffe bei jungen Inter_ bestehen aus drei Elementen, die auf der Festlegung des in der Regel weiblichen Geschlechts bei der Geburt beruhen (85 – 90 % aller Operationen): Die Gonaden werden entfernt (was letztlich nichts anderes ist als eine Kastration), es werden Genitaloperationen durchgeführt und eine Hormonersatztherapie eingeleitet. Der Grund für die sogenannten Feminisierungsoperationen liegt in der Pragmatik, was sie extrem fehleranfällig macht und entsprechende psychische und physische Komplikationen bei der weiteren Entwicklung der inter_ Kinder und Jugendlichen mit sich bringt.

Nach der operativen Herstellung der Neovagina wird diese auf die spätere Penetration vorbereitet. Hierzu dehnen die Eltern mithilfe eines sogenannten Vaginaldehners die Neovagina regelmäßig, was schmerzhaft und traumatisierende Situationen für die Beteiligten mit sich bringt. Dabei werden die Sorgeberechtigten häufig völlig unzureichend informiert, insbesondere nicht darüber, dass diese Misshandlungen in der Regel medizinisch gar nicht erforderlich sind.⁹

Solche frühen, irreversiblen und fehleranfälligen Eingriffe vor Beginn der Pubertät, in der sich Geschlechtlichkeit weiter entwickelt, sind nicht zu legitimieren. Selbstbestimmung, das spätere Lustempfinden und die geschlechtliche Identität des Kindes stehen hier nicht im Vordergrund, sondern eine überholte Normvorstellung von Geschlechtlichkeit. Die Bundesrepublik Deutschland verstößt durch die Duldung solcher Behandlungen gegen das Übereinkommen über die Rechte des Kindes der UN-Kinderrechtskonvention, in der das Wohl des Kindes bei „allen

⁶ Vgl. <https://www.kindergynaekologie.de/fachwissen/korasion/2010/stoerungen-der-geschlechtsentwicklung-dsd/>, aufgerufen am 04.01.2018.

⁷ Vgl. Krämer, Anike/Sabisch, Katja (2017): Intersexualität in NRW: Eine qualitative Untersuchung der Gesundheitsversorgung von zwischengeschlechtlichen Kindern in Nordrhein-Westfalen.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. Sabisch, Katja (2012): inter*, Einführung in zentrale Begriffe, Forderungen und Probleme aus feministischer Perspektive.

STELLUNGNAHME des Landesjugendrings NRW

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren“ (Drs.17/3027)

Maßnahmen, die Kinder betreffen [...] ein Gesichtspunkt“ ist, „der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Dabei ist „das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenzufügung oder Misshandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung, einschließlich des sexuellen Missbrauchs, zu schützen“.¹⁰

Losgelöst von den medizinischen Eingriffen berichten inter_ Menschen häufig von Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen (zum Beispiel: Probleme mit der binären Geschlechtseinordnung, körperliche Gewalt, fehlende Aufklärung und Verwechslung mit Trans_, berufliche Nachteile) und über negative Erlebnisse mit der Tabuisierung des Themas Inter_.¹¹ Junge inter_ Menschen machen Ausgrenzungserfahrungen im Laufe ihrer Pubertät, zum Beispiel bei der Nutzung von Umkleidekabinen beim (Schul-)Sport oder auch Bettenzuweisungen auf Klassenfahrten oder Jugendfreizeiten. Auch das entsprechende Fachpersonal ist an vielen Stellen überfordert. Darf ich einen jungen inter_ Menschen mit in das Zeltlager ins Ausland nehmen? Wie melde ich diesen jungen Menschen an? Wie werden die anderen Jugendlichen und Eltern darauf reagieren, wenn sie „etwas“ mitbekommen? Die Palette der Vorurteile, Sorgen und Unsicherheiten – häufig aufgrund von fehlender Aufklärung – ist breit, auch bei unseren Fachkräften der Jugendarbeit. Die Möglichkeiten sich zu Informieren und Weiterzubilden sind sehr gering. Zwar gibt es Fachberatungsstellen, die das Thema Inter_ am Rande mit bearbeiten und in ihrem Programm mit erwähnen, aber ausreichend ist das bei Weitem nicht.

Forderungen:

Die an den Landtag gerichteten Forderungen der Antragsstellerin unterstützen wir. Durch die Einrichtung von Hilfsfonds zur Entschädigung für erlittene medizinische Eingriffe und/oder Behandlungen könnten (junge) inter_ Menschen einen Ausgleich erlittener und auch zu erwartender Nachteile erfahren. Insbesondere die in den Punkten 3-7 angesprochenen Forderungen zur Schließung von Wissens- und Bildungslücken sind notwendige präventive Maßnahmen, um junge inter_ Menschen nicht länger zu benachteiligen.

Der Landesjugendring NRW fordert darüber hinaus:

- eine gesetzliche Regelung, die geschlechtszuweisenden Operationen und Hormonbehandlungen an Neugeborenen und Kleinkindern ohne medizinische Notwendigkeit sowie geschlechtsverändernde Operationen an Kindern unterbindet.
- die Streichung der entsprechenden Klassifizierung von Inter_ als Krankheit (DSD ICD-10-GM-2014, Kapitel XVII).
- ein modernes Gesetz zur Anerkennung und Stärkung von geschlechtlicher Vielfalt, wodurch Zwangsgutachten über die geschlechtliche Identität von Menschen künftig nicht mehr zulässig wären.
- psychosoziale Unterstützungsangebote für Eltern, die sich schwer von gesellschaftlichen Normvorstellungen lösen können. Die Aufklärung und Unterstützung von jungen inter_ Menschen und deren Eltern muss altersgerecht und losgelöst vom medizinischen Diagnoseverfahren stattfinden.

¹⁰ Vgl. https://www.netzwerk-kinderrechte.de/fileadmin/bilder/user_upload/%C3%9Cbereinkommen-%C3%BCber-die-Rechte-des-Kindes_2014.pdf, aufgerufen am 03.01.2019.

¹¹ Vgl. <http://www.im-ev.de/intersexualitaet/>, aufgerufen am 04.01.2019.

STELLUNGNAHME des Landesjugendrings NRW

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren“ (Drs.17/3027)

- Reformen zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe. Es braucht partizipativ gedachte Maßnahmen sowie Aufklärungsarbeit an Orten, an denen sich junge Menschen aufhalten: beispielsweise in Schulen, Jugendverbänden oder Jugendfreizeiteinrichtungen. Zur jeweiligen Wissensaufbereitung braucht es entsprechende Kompetenzstellen, zum Beispiel in Form von Fachberatung.

Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft der derzeit 25 auf Landesebene anerkannten Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen. Er vertritt die Interessen der Jugendverbände und junger Menschen und engagiert sich in Grundsatzfragen der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.